FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 3 / Oktober 2020
19. Jahrgang

In diesem Heft

Neues aus Mutlangen: Was die Praktikantinnen gearbeitet haben, welche Visionen entwickelt werden **Seiten 2–4**

Abschied von Otfried Nassauer: Ein hochengagierter Unterstützer ist von uns gegangen **Seite 11**

Neues aus Büchel: Wie versucht wird die Friedensbewegung auszubremsen, wie die Friedensbewegung juristisch verfolgt wird **Seiten 1, 9 und 11**

Neues aus aller Welt: Was ICAN erreicht hat **Seite 10**

Im Blick – 75 Jahre: Wie die Friedensbewegung zu den Jahrestagen von Hiroshima und Nagasaki aktiv war **Seiten 5–8**

Soll so der Protest verdrängt werden?

Verordnungen und Verbote schränken in Büchel die Aktionen für den Atomwaffenabzug ein

Slapping ist eine Methode von Unternehmen potentiell erfolgreiche Protestbewegungen finanziell in die Knie zu zwingen. Dabei werden an sich wenig erfolgversprechende Klagen gegen Nichtregierungsorganisationen betrieben, die Energie und Finanzmittel kosten, um so vom eigentlichen Protestgegenstand abzulenken und das weitere Agieren der Aktivisten einzuschränken.

Staatliche Verwaltungen gehen einen anderen Weg. Sie nutzen Verordnungen und Verbote. Das war in Mutlangen so, das ist heute in Büchel so. Auch diese Verwaltungsschritte binden Kraft und Geld, vor allem, wenn dadurch Uneinigkeit unter den Aktivisten entsteht.

Erinnern wir uns:

Mit Aufkommen der gewaltfreien Blockaden wurde in Baden-Württemberg 1982 eine Polizeikostenverordnung erlassen, um neben der strafrechtlichen auch noch die Möglichkeit einer kostenrechtlichen Sanktionierung zu haben. Für Mutlangen wurde im März 1984 vom dortigen Gemeinderat in einer Allgemeinverfügung ein Zeltverbot auf privaten Grundstücke erlassen. 1985 wurde die Baugenehmigung für die Friedens- und Begegnungsstätte verweigert. Geräumt wurden die Zelte bei der Pressehütte im November 1986 am Tag als das Bundesverfassungsgericht seine erste Entscheidung über die Sitzblockaden verkündete.

→ Fortsetzung Seite 9

2008 fand noch auf dem Parkplatz zum Haupttor eine Friedenstafel statt. Heute muss im Kreisel demonstriert werden. Die Bundeswehr sperrt ihren Parkplatz ab. Die Transparente der Friedenswiese sollen verschwinden (Bilder oben: Pressehütte, Bild unten: Zahra Shah-Ali)

Pressehütte

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und – freunde,
75 Jahre sind es seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Welche Aktionen es gab erfahren Sie im Mittelteil „Im Blick".

Auf dem Weg zum Atomwaffenverbot
Im Ostalbkreis hat kürzlich Ellwangen den ICAN-Städteappell unterzeichnet. Eine CDU-Stadträtin argumentierte dagegen, Sicherheitspolitik sei Bundesaufgabe. Doch die Bomben treffen Städte. Die Mehrheit folgte ihren Argumenten nicht. Dresden hat sich als 100. Stadt dem Appell angeschlossen. Damit unterstützen alle Landeshauptstädte das Atomwaffenverbot! Bei den Vereinten Nationen ist die notwendige Zahl von fast 50 Vertragsstaaten fast erreicht. Malta ratifizierte als 45. Staat. Wer wird der 50. Staat? Wann wird endlich Deutschland dabei sein?

Eine Ära geht zu Ende
Im Dezember wird der letzte FreiRaum erscheinen. Sie halten also die vorletzte Nummer in ihren Händen. Der neue Vorstand hat beschlossen: weniger Papier, mehr online. Wir haben diese Nummer an alle in unserer Adressdatei verschickt und werden dies mit der letzten Nummer auch tun, damit Sie die Entwicklung mitbekommen und sich zurückmelden können, wie Sie zukünftig informiert werden wollen. Im nächsten FreiRaum werden wir auf die fast zwei Dekaden des Magazins zurückblicken und informieren, wie es nächstes Jahr weitergeht. Gerne veröffentlichen wir dazu auch Stimmen von Leserinnen und Lesern.

Herzlichen Glückwunsch
Unsere ehemalige Redakteurin und in Büchel aktive Friedensaktivistin Marion Küpker hat geheiratet. Ihr Friedensengagement führte sie mit John Laforge von der US Friedensgruppe Nuke Watch zusammen. Wer im Friedenscamp in Büchel war, hat die beiden in den letzten Jahren zusammen erlebt. Wir gratulieren ihnen herzlich und wünschen ihnen persönliches Glück und politischen Erfolg.

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Flaggentag in Schwäbisch Gmünd. Lorchs neue Bürgermeisterin ist erstmals mit dabei Foto: Pressehütte

Aktiv trotz Corona

Das Friedensarbeiter_innen-Projekt in einer besonderen Zeit

Wir mussten in diesem Jahr aufgrund der Pandemie große internationale Projekte absagen. Dennoch konnten wir durch die Unterstützung unserer beiden Praktikantinnen Leonie Wanner und Leena Winkler (beide Absolventinnen des Bachelorstudiums Politikwissenschaft der Universität Würzburg) die internationale Arbeit digital fortführen sowie regionale und lokale Aktionen durchführen.

Zoom-Videokonferenz für verhinderte Workcampteilnehmer_innen

Seit 1986 haben wir jeden Sommer ein internationales Jugendworkcamp für 10 bis 15 junge Menschen aus Deutschland und dem Ausland organisiert. Bei einem zweiwöchigen Workcamp, das meistens im Juli stattfindet, arbeiten die Teilnehmenden, Teamenden und Aktiven der Pressehütte an Bauaufgaben und aktuellen Projekten zusammen.

Diesen Sommer haben wir uns aufgrund von Corona-Beschränkungen und -Gefahren dazu entschieden, das Workcamp auf Zoom umzuziehen und einen zweistündigen Online-Workshop für unsere Zielgruppe des Workcamps zum Thema *„Nuclear Weapons and Peace Activism in Germany and Worldwide"* mit fünf Referent_innen zu halten.

Der langjährige Aktive Volker Nick hat Zuschauer_innen aus Deutschland, Europa und aus dem weiter entfernten Ausland, wie China, Kasachstan, Südamerika etc., über die Kriminalität der Abschreckungslogik, die Proteste und Blockaden, Aktionen des Zivilen Ungehorsams, gegen Atomwaffen in Deutschland, erzählt.

Wolfgang Schlupp-Hauck hat über die Entstehung der zwei Vereine in der Pressehütte berichtet, und auch warum die Pressehütte so heißt: dort waren nämlich früher Telefone für Journalist_innen untergebracht, damit diese ihren Redaktionen über Aktionen in Mutlangen gegen die Pershing-II-Raketen berichten konnten.

Wolfgang erläuterte, wie wichtig es ist, kreative Aktionsformen durchzuführen und möglichst viele Menschen für eine Veranstaltung zu mobilisieren. Die Prominenten, die die Aktivist_innen unterstützen, können helfen das Thema mehr in die Medien und somit in die breitere Öffentlichkeit zu bringen. Ein anderes Beispiel dafür ist die Menschenkette zwischen Stuttgart und Ulm. Idealerweise, versucht man aber eine Mischung aus Aktionen und Lobbyaktivitäten durchzuführen, damit die Ziele der Aktionen auch die politische Ebene erreichen und die Politiker_innen sich verantwortlich für das Problem fühlen.

Der junge Friedensarbeiter aus dem Netzwerk *„Friedenskooperative"* in Bonn Marvin Mendyka hat über die Aktivitäten der Kampagne *„Büchel ist überall. Atomwaffenfrei-jetzt"* berichtet, in der mehr als 70 Friedensorganisationen Mitglied sind. Die Sprengkraft der Bomben in Büchel, gegen die die Kampagne ausgerichtet ist, sind 170 KT. Die größte Petition der Kampagne hat schon fast 100 000 Unterschriften und ist ein Appell an die Bundesregierung zum Unterzeichnen des UN-Atomwaffenverbots. Eine besondere Herausforderung für die Kampagne ist die Tatsache, dass Deutschland es zulässt, die Bomben und die Bomber in Büchel zu erneuern, so dass die Bomben lenkfähiger und einsetzbarer werden. Im Falle eines Einsatzes sollen die Bomben von deutschen Pilot_innen geflogen werden.

Unsere Praktikantin Leonie und Dominkus Vogel, Mitglied der Jugenddelegation zur Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, haben die Vortragsrunde mit ihren Vorträgen zum Thema Divestment und Visionen über unsere atomwaffenfreie Zukunft geschlossen. In der Vision der nuklearfreien Welt haben wir uns gefragt, wie es möglich sein könnte eine Welt des Vertrauens, geteilter Würde, Bewusstheit, über Abschreckung hinaus zu bilden.

Auszüge von unserer Antwort auf den Brief von Heiko Maas
Den vollen Brief veröffentlichen wir online auf www.voices-of-peace.com/blog-feed

Die Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung müssen glaubwürdiger gestaltet werden. Von anderen Ländern zu verlangen, abzurüsten, selbst aber anzustreben, Flugzeuge zu erneuern, modernisierte Bomben nach Büchel zu bringen, und somit den potentiellen Einsatz von Atomwaffen technologisch zu verfeinern, sendet Signale der Ambivalenz. Sehen so Glaubwürdigkeit, Weitblick und ein internationaler Diskurs auf Augenhöhe aus?

Der Widerstand der Staaten ohne Atomwaffen wächst und kann nicht mehr lange zurückgehalten und ignoriert werden. Es fehlen nur noch sieben Ratifizierungen (Stand 06. August 2020) bis der Atomwaffenverbotsvertrag binnen 90 Tagen in Kraft tritt. Dann wird jener internationales Recht.

Wir fragen uns, wie Deutschland dann handeln wird. Als völkerrechtsbasierter Staat liegt es in der Verantwortung der Bundesrepublik, den Vertrag anzuerkennen. Wie schätzen Sie, Herr Maas, persönlich den Vertrag ein, warum wird dieser in Ihren Reden nicht behandelt? Insbesondere, wenn Sie sich mehr internationale Zusammenarbeit und "Vereinbarungen auf breiter Basis" (1) wünschen?

Deutschlands Austritt aus der nuklearen Teilhabe wäre kein Alleingang, weil er in einem Prozess geschieht, in dem die Länder dieser Welt, die Ächtung von Atomwaffen, völkerrechtsbasiert legitimieren. Wir sehen uns als einen Teil einer für die Menschheit sehr wichtigen Entwicklung, die das Ziel hat, die Logik der Abschreckung zu überwinden. Auf diese Richtung arbeiten auch Initiativen, die Sie erwähnt haben, hin. Das begrüßen wir sehr. Deutschland kann und muss hier mehr klare und deutliche Worte wie auch konkrete Handlungsschritte wagen.

In welcher Form können wir Sie dabei unterstützen? Die junge Zivilgesellschaft kann vielseitige Gesprächsräume eröffnen, beteiligen Sie uns an diesen Dialogen. Vor allem sollten wir aufgrund der Generationengerechtigkeit schon heute mit eingebunden werden. Was Sie heute nicht abrüsten, müssen wir später erledigen. Aber unsere Generation wird schon genug mit zukünftigen komplexen globalen Risiken zu tun haben.

Sie kritisieren, dass "[d]ie nukleare Abrüstung stagniert" (2), fordern einen neuen Impuls für die Rüstungskontrolle wie auch atomare Abrüstung (vgl. 3) und appellieren an die "Nuklearmächte, ihrer besonderen Verantwortung für Abrüstung und Rüstungskontrolle gerecht zu werden" (4). Wirken Sie doch mit Ihrem Amt als Außenminister gegen diese Stagnation, setzen Sie mit der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages und der Beendigung der nuklearen Teilhabe neue Impulse für eine friedlichere Welt. Solange in Deutschland US-Atomwaffen stationiert sind und ein atomares Netzwerk besteht, kann und darf die Abrüstungverantwortung nicht nur den 'Nuklearmächten' zugeschoben werden.

1. „Maas gegen Abzug von Atomwaffen¡ FAZ, 22. 11. 2019
https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/spd-heiko-maas-gegen-abzug-der-atomwaffen-aus-deutschland-16498069.html

2./3./4. „Außenminister Maas zum 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima“ Auswärtiges Amt, 05. 08. 2020
https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-hiroshima/2373388

Der Ginkgo aus Hiroshima erhält ein Erklärungsschild

Friedensmandala zum Nagaskitag Bilder: Pressehütte

Es wurden Wege gezeigt, wie man sich der globalen Friedensbewegung anschließt, einen aktiven Dialog und Bewusstsein schaffen kann und einen politischen Wille ausspricht. Wir sind alle stark davon überzeugt, dass es möglich ist, Ideen in eine große Bewegung organisieren zu lassen und gegen Atomwaffen effektiv zu stehen. Als Beispiel gilt der erfolgreiche Kampf der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN – Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), die den Verbotsvertrag auf der UNO-Ebene vorangetrieben haben und der dieses oder spätestens nächstes Jahr ein Teil des internationalen Rechts sein wird – ganz egal, welche Haltung Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten, wie die Bundesregierung, dazu haben.

Was mich persönlich als Vertreterin der jüngeren Generation freut, ist, dass wir den Inhalt und das Design unserer Social Media Kanälen verbesserten, was wieder die Anzahl unserer Follower erhöhte! Wir haben auf Instagram fast 250 Followers, was wir in einem Jahr geschafft haben, und auf Facebook haben uns 170 Personen abonniert, was wir in 5 Monaten geschafft haben. Dies bedeutet, dass noch mehr Menschen im Internet mehr über unsere Ziele und Projekte erfahren und uns unterstützen können! In Zeiten der beschleunigten Digitalisierung ist dieser Weg für uns sehr wichtig, da die Zahl der Abonnent_innen vom Freiraum von Jahr zu Jahr leider abnimmt. Darüber hinaus erhalten viele Anhänger_innen der Friedensbewegung Informationen, tauschen sich aus und organisieren sich auch hauptsächlich digital.

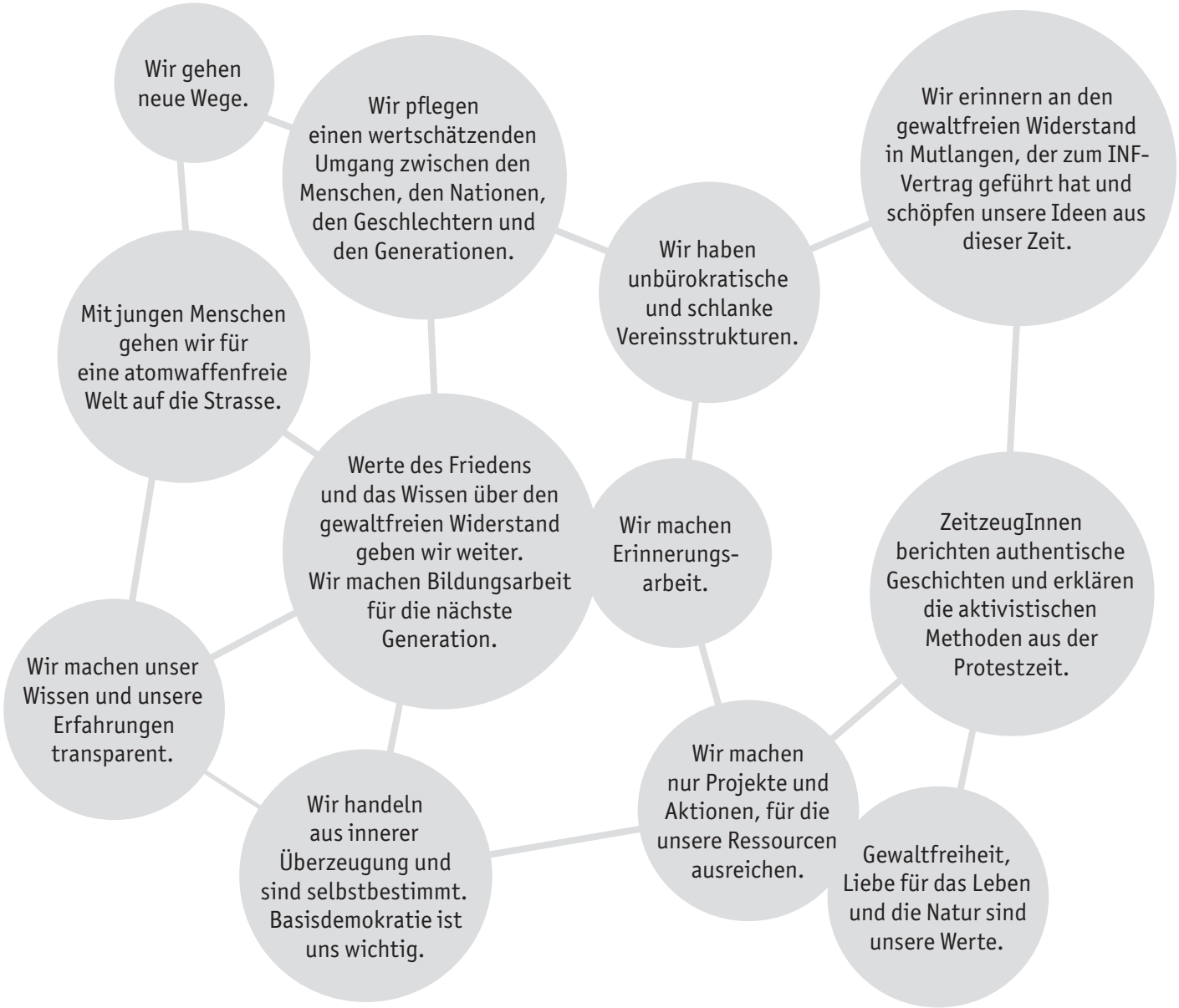
Dialoge mit Abgeordneten

Aufgrund der Absage Reise nach New York richtete unsere Jugenddelegation ihre Bemühungen um einen Dialog mit Bundestagsabgeordneten und dem Außenminister. In dieser Ausgabe können Sie Auszüge von unserem Folgebrief lesen, den wir als Antwort auf die Stellungnahme auf unsere Forderungen von Heiko Maas erhalten haben. Wir haben auch eine große Aufmerksamkeit in ihrem Brief von Frau Gabriela Heinrich aus der SPD-Bundestagsfraktion erhalten. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Mit ihr haben wir auch unsere Korrespondenz fortgesetzt. Mit dem abrüstungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Obmann des gleichen Unterschusses wollen wir unseren Dialog schon in dem dritten Telefonat im Herbst fortfahren. In einem weiteren Gespräch wollen wir unsere Argumente zur Gestaltung der Generations- und Gendergerechtigkeit in Debatten zur Abrüstung, die wir in dem gemeinsamen Telefonat Ende Juni mit mehreren SPD-Abgeordneten Herrn Felgentreu, Herr Brecht und Frau Özoguz schon angesprochen haben, vertiefen. Wir haben uns mit empirischen Studien von Rolle der Frauen an Verhandlungsprozessen auseinandergesetzt und den Bundestagsabgeordneten aufgezeigt, dass die Beteiligung von Frauen die Chancen auf einen nachhaltigen Erfolg bei Friedensverhandlungen steigert. Das Konzept der nuklearen Abschreckung begünstigt globale Ungleichheit und rechtfertigt soziale Diskriminierung, was eine feministische Außenpolitik beseitigen will.

Neue Online-Auftritte

Neben der Lobbyarbeit haben wir auch Ideen zur Verbesserung unserer Webseite gesammelt. Der erste Entwurf wurde geboren und der Verein hat die Entscheidung getroffen die Webseite zu modernisieren. Unsere beiden anderen Webseiten sollen ebenfalls Teil der Hauptwebseite werden. Wenn es klappt, werden wir auf diese Weise unseren Auftritt im Internet verbessern.

Arailym Kubayeva



Mit Vision und Bereitschaft zum Loslassen ins neue Jahrzehnt

Visionen geben nicht nur Perspektive, sie können auch ein Ufer sein für den Fluss des Handlungsspielraums

75 Jahre nach den ersten Abwürfen der Atomwaffen auf Hiroshima und Nagasaki steht die Veränderung der eigenen Friedensarbeit auf der Agenda der Vereinsarbeit der Pressehütte. Friedensarbeit ist stark geprägt vom persönlichen Engagement und von persönlichen Kompetenzen und Eigenschaften der Menschen, die sie gestalten. Lotte Rodi und Wolfgang Schlupp-Hauck haben die Arbeit in Mutlangen durch ihr persönliches Engagement inhaltlich, wie auch vom Umfang her stark geprägt. Mutlangen sagt Danke für ihren kraftvollen Einsatz, ihre Ideen und ihre unermüdliche Ausdauer. Sie hinterlassen eine sichtbare Friedensspur, die durch viele Projekte und auch durch die wertvollen Kontakte zu FreundInnen der Mutlanger Friedensarbeit, geprägt ist. Der Kreis der Aktiven nimmt den Faden in die Hand und spinnt ihn weiter. Im Juni 2020 starteten die ersten Gespräche zum Veränderungsprozess der Friedensarbeit in Mutlangen. Es hat sich eine 7-köpfige Projektgruppe gegründet, die sich ungefähr einmal monatlich trifft. Ziel der Projektgruppe ist es, ausgehend vom Ist-Zustand der Mutlanger Friedensarbeit und unter Beachtung der bestehenden Schwierigkeiten und Herausforderungen, Ziele für die kommenden Jahre zu entwickeln. Praktische Handlungspläne sollen bis Mai 2021 aus der Projektarbeit abgeleitet werden. Die Projektgruppe ist offen dafür, dass Altes, auch Liebgewonnenes zu Ende geht, aber auch Neues darf wachsen. Im ersten Schritt hat die Projektgruppe ihre gemeinsame Vision gefunden und formuliert.

Welche Vision verfolgt die Pressehütte schlussendlich für ihr zukünftiges Handeln? Wir verschließen nicht die Augen, wenn sich Zeiten und Prozesse verdunkeln. Wir haben erlebt wie es ist, im Dunkeln der Winternacht auf die Morgendämmerung zu warten oder die Farben des Regenbogens zu feiern. Jeder Lichtpunkt, jede Farbe der Vision folgt einem Bekenntnis. Diese Lichtpunkte motivieren dazu, gewaltfrei eine friedliche Welt zu gestalten.

- Wir gehen neue Wege.
- Wir erinnern an den gewaltfreien Widerstand in Mutlangen, der zum INF- Vertrag geführt hat und schöpfen unsere Ideen aus dieser Zeit.
- Mit jungen Menschen gehen wir für eine atomwaffenfreie Welt auf die Straße.
- Gewaltfreiheit, Liebe für das Leben und die Natur sind unsere Werte.

Du bist eingeladen aktiv die Friedensarbeit der Pressehütte mitzugestalten, wenn Dich die Bekenntnisse dieser Vision ansprechen. Sei Teil einer generationsübergreifenden Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und profitiere von der langjährigen gewaltfreien Tradition der friedenspolitischen Arbeit in Mutlangen.

Silvia Bopp

Im Blick // 75 Jahre

Beilage FreiRaum Nr. 3 / September/Oktober 2020 www.pressehuette.de

75 Jahre nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sind diese nuklearen Massenvernichtungswaffen noch immer nicht verboten. Die Atomwaffen werden technisch aufgerüstet. Doch das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages rückt immer näher.

Den Ruf der Überlebenden hören: Nie wieder!

Hiroshimas Bürgermeister Kazumi Matsui verwies am 6. August 2020 auf den Nichtverbreitungsvertrag, der vor 50 Jahren in Kraft trat und den Atomwaffenverbotsvertrag, der vor drei Jahren angenommen wurde. Er appellierte *„Sie bilden einen Rahmen, den wir an zukünftige Generationen weitergeben müssen, obwohl dessen Zukunft noch im Dunkeln liegt. Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen mehr denn je ihre Entschlossenheit stärken, damit diese Regelwerke effektiv funktionieren."*

Zum Gedenken: Schwimmende Lotusblüten in Kiel Foto: B. Stehn

Friedenszeichen aus Kerzen in Bremen Foto: H. Drewes

Deutlicher wurde am 9. August Nagasikis Bürgermeister Tomihisa Taue. Er kritisiert die Atommächte dafür, dass sie bei der nuklearen Abrüstung Rückschritte machten, wie die Kündigung des INF-Vertrages belege. Er brandmarkte: *„Derzeit werde neuere, ausgefeiltere Atomwaffen und kleinere, einsetzbarere Atomwaffen entwickelt. Infolgedessen wird die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen immer realer."* Die Kritik am Atomwaffenverbotsvertrag wies er zurück: *„Unter den Atomwaffenstaaten und Ländern unter deren nuklearen Schutzschirm gab es Stimmen, die besagten, dass es für einen solchen Vertrag zu früh sei. Das ist nicht so. Vielmehr kommt die Reduzierung von Atomwaffen viel zu spät."*

Japans Regierungschef Shinzo Abe ging in seiner Rede auf den UNO-Vertrag nicht ein. Seine rechtskonservative Regierung will unter Verweis auf die atomare Bedrohung durch Nordkorea und das Erstarken Chinas das Bündnis mit den USA stärken und die Rolle des eigenen Militärs ausweiten.

UNO-Generalsekretär Guterres, der wegen der Coronapandemie nicht persönlich nach Japan kam warnte: *„Spaltung, Misstrauen und mangelnder Dialog drohen die Welt zu einem ungezügelten strategischen Nuklearwettbewerb zurückzubringen."*

Das Netz aus Rüstungskontrolle, Transparenz und vertrauensbildenden Instrumenten, das während und in der Folge des Kalten Krieges geschaffen worden sei, franse aus. Er betonte *„Der einzige Weg, um das nukleare Risiko vollständig zu beseitigen, besteht darin, Atomwaffen vollständig zu eliminieren"*.

Hören und Handeln

In Österreich, das einen wesentlichen Beitrag zum Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrags geleistet hat, rief Außenminister Alexander Schallenberg auf: *„Gerade in diesen angespannten Zeiten müssen wir die nukleare Abrüstung vorantreiben"*. Österreich trage hierzu bei, *„durch die Schaffung von guten Verhandlungsbedingungen für die amerikanisch-russischen Abrüstungsgespräche in Wien."*

Der deutsche Außenminister Heiko Maas blieb allgemein. Hiroshima stehe für den Wahnsinn des Atomkriegs und das unfassbare Leid seiner Opfer, *„Wir schulden ihnen unseren vollen Einsatz für eine friedlichere Welt – eine Welt ohne Atomwaffen."* Doch , er rief nur allgemein alle Staaten auf, *„ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag einzuhalten."* und appellierte an die Nuklearmächte, *„ihrer besonderen Verantwortung für Abrüstung und Rüstungskontrolle gerecht zu werden."* Kein Wort zur nuklearen Teilhabe. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, verkündete: *„Im Namen der Landesregierung habe ich deshalb die Bundeskanzlerin dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen"*

Zum Hiroshimatag haben Irland, Nigeria und das südpazifische Niue den UN-Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert. Zum Nagasakitag tat dies der Antillenstaat St Kitts und Nevis. Diese Staaten haben den Ruf der Hibakusha gehört und gehandelt. *„Dies ist der beste Weg die Hibakushas zu ehren stellt Beatrice Fihn, die Direktorin von ICAN fest. Nur noch sechs Staaten fehlen, bis der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft tritt. Die Atomwaffenmächte und ihre Verbündeten haben diesen Ruf noch nicht verstanden.*

wsh

Pressehütte

Gesprächsrunde in Gau-Algesheim, Mahnwache in Mainz und 24-Stunden-Beten in Büchel Fotos: Mathias Engelke/Lothar Eberhardt

Fastenkampagne

„Atomwaffen sind Inbegriff des Allmachtswahns, sie produzieren Angst und Ohnmacht. Das öffentliche Fasten kehrt die Ohnmacht nach außen und wirkt auf das Gewissen ein, mehr gegen Atomwaffen zu tun." Matthias Engelke, Initiator der Fastenkampagne.

Die 11. Internationale öffentliche Fastenaktion bis zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel und eine atomwaffenfreie Welt startete am 26. Juli in Gau-Algesheim. Die Sozialdemokratische Bildungsinitiative, SBi, stellte Karl Bechert (1901-1981) in den Mittelpunkt. Der Atomphysiker und Politiker warnte als einer der ersten vor der militärischen und zivilen Nutzung der Kernenergie. In Mainz war ein Höhepunkt ein Gedenkgottesdienst mit dem Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling. Alle drei sprachen forderten, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrete.

Das 24-Stunden-Gebet vor dem Atomwaffenlager Büchel wurde musikalisch geprägt durch 12 Friedenslieder aus 12 Religionen von Adrian Oswalt, Tübingen. Zur abschließenden Gedenkfeier für die Vernichtung Nagasakis am 9. August wurde eine Radgruppe der DFG-VK herzlich begrüßt. Im nächsten Jahr startet die Fastenkampage einen Tag früher am 25.7.2021

Erlebnisberichte und Hintergrundinformationen: fastenkampagne.blogspot.de

Gruppenfoto in Stuttgart Foto: Wolfgang Rüter

Portrait in Leipzig Foto: Friedenskooperative

Screenshot **www.hiroshima-nagaski.info**

Großflächenplakate

Mahnen und werben für das Atomwaffenverbot

Organisiert vom Netzwerk Friedenskooperative und der Kampagne *„Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt"* warben mehr als 275 Großflächenplakate in über 150 Städten für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Finanziert wurde die Großflächen-Kampagne durch eine Crowdfunding-Aktion, die auf unerwartet hohen Zuspruch und Unterstützung stieß.

„Ursprünglich war es unser Ziel, Unterstützerinnen und Unterstützer für 75 Großflächenplakate in 75 Städten zu gewinnen.

Aber der Zuspruch für das Vorhaben, war so enorm, dass wir diese Zahl schnell nach oben anpassen mussten.", erklärt Kristian Golla. *„Mit der Großflächen-Kampagne konnten wir offensichtlich ein gutes Aktionsangebot mit Blick auf Corona machen. Die Großplakate wurden vielerorts für Pressetermine genutzt.*

Eine Übersicht über die Standorte der Plakate gibt es auf der Website des Netzwerk Friedenskooperative:
www.friedenskooperative.de/staedteliste-75-jahre-hiroshima-nagasaki

Online Aktionen

Erinnern im Netz

Anlässlich der Gedenktages hat die Friedensbewegung mehr als 180 Gedenkveranstaltungen organisiert. Die Aktionswebsite des Netzwerks Friedenskooperative gibt darüber einen Überblick. Dort können Aktionsfotos hochgeladen werden, um ein Zeichen für das Verbot von Atomwaffen zu setzen. Mach doch z.B. ein Foto Dir und einem Großplakat und lade es hoch unter www.hiroshima-nagasaki.info

Zitate von Mayors for Peace:
www.mayorsforpeace.de
www.pressehuette.de

Hiroshimatag in Büchel

Mahnwache mit Abgeordneten

Der 6.8. begann in Büchel mit dem Läuten der Glocke auf der Friedenswiese. Anschließend ging es zum Kreisel vor dem Haupttor des Fliegerhorstes. Dort wurden Friedenskraniche in einen Baum gehängt. An der anschließenden Mahnwache beteiligten sich über fünfzig Menschen. Der Einladung am Hiroshimatag nach Büchel zu kommen sind neuen Abgeordnete gefolgt: die Europaabgeordneten Jutta Paulus Bündnis 90/ Die Grünen und Özlem Alev Demirel, Die Linke; die Bundestagsabgeordneten René Röspel und Ralf Kapschak, beide SPD und Andrej Hunko, Die Linke; die Landtagsabgeordneten Christoph Spies,SPD sowie Dr. Bernhard Braun und Daniel Köblerm beide B90/Die Grünen.
Alle haben sich vehement für den Abzug und die Vernichtung der US-Atomwaffen in Büchel ausgesprochen. Einhellig wollen sie sich intensiv dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
Elke Koller und Florian Pfaff vom Darmstädter Siganal appellierten Aufrüstung zu verhindern und Vertrauen zwischen den Völkern zu schaffen.

Abgeordnete am Atomwaffenstandort
Foto: Friedenskooperative

Tübingen (Foto: Fachabt. Kunst, Kultur, Internationales, Blum)

Rothenburg ob der Tauber Foto: Thomas Schaller

Berlin Foto: ICAN

Ginkgos

Überlebenszeichen des Atombombenabwurfs

Die Druckwelle der Explosion ist über sie stadtauswärts gefegt. Die Hitze des Feuers und die Strahlung haben ihre Rinde beschädigt, der Sog des Feuersturms hat sie wieder stadteinwärts gebogen. Doch manche verkohlten Stümpfe ergrünten wieder. Sie wurden für die Überlebenden zu Hoffnungszeichen. Hiroshimas Bürgermeister und die Initiativ Green Leagacy verteilen Samen von den Überlebensbäumen, damit die zweite Generation in aller Welt für eine atomwaffenfreie Welt mahnt.

In Bonn, Rothenburg ob der Tauber, und in Schwäbisch Gmünd wurden in diesem Jahr solche Überlebensbäume gepflanzt; in Ellwangen und Tübingen Setzlinge übergeben. Für die Pflanzaktionen sendet Hiroshima eine Tafel. Gleich drei sollen in Rothenburg den Überlebensbaum beschreiben: in Deutsch, Englisch und Japanisch. **Informationen für weitere Pflanzaktionen über redaktion@pressehuette.de** und das **Hannoveraner Büro der Mayors for Peace, über das neue Samen bestellt werden können: mayorsforpeace@hannover-stadt.de**

Glockenläuten und Projektionen

Mahnung und Aufruf

In Hiroshima um 8:15 Uhr in Nagasaki um 11:02 Uhr wurden die Friedensglocken angeschlagen. Auch an der UNO in Wien und Hannover sowie in Büchel läuteten die dortigen Friedensglocken. Die Ellwanger Mahnwache regte an, dass zum 75 Jahrestag die Kirchenglocken geläutet werden. Diese Initiative fand auch in weiteren Orten Widerhall. In Berlin projezierte ICAN Bilder auf die St. Marienkirche.

Friedensbotschaften

am Stephansdom und im Internet

Das Wiener Friedensbüro sammelt für den Hiroshimatag jedes Jahr Friedensbotschaften aus aller Welt. Sie werden am Stephansdom zur Gedenkveranstaltung für die Opfer der Atombombenabwürfe 1945 und die weiteren Opfer militärischer und ziviler Anwendung der Atomtechnologie sowie für die totale Abschaffung aller Atomwaffen. ausgelegt und im Internet veröffentlicht.
Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen schrieb in seiner Grußadresse : *„Die atomare Bedrohung der Welt erfordert weiter genauso unser Engagement und unsere Aufmerksamkeit wie auch die neuen Herausforderungen Klimakrise und Corona-Pandemie. Ich glaube, wir müssen endlich begreifen, dass wir eine große Menschheitsfamilie sind. Unsere Zukunft, die Zukunft unseres gesamten Planeten hängt davon ab, ob wir es schaffen, die globalen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Mutig, entschlossen, zuversichtlich, solidarisch.“*

Die diesjährigen 263 Grußadressen zur Unterstützung der Aktion für eine Welt ohne Atomwaffen, ohne AKWs und ohne Krieg sind auf zu lesen auf www.hiroshima.at

Aiko Kazuko Kurosaki performt
Foto: Alois Reisenbichler

In Büchel, dort wo sonst Bundeswehr-Tornados laut röhrend abheben, um den Atomwaffeneinsatz zu üben, erhob sich am 5. August lautlos ein Heißluftballon in den Himmel. Einige Tage zuvor demonstrieren in Berlin AktivistInnen mit einem Rundbanner vor dem Eingang des Verteidigungsministeriums: „Wir. Gefährden. Deutschland. Bundesministerium für Atomwaffeneinsätze". Ein überdimensionierter Geldschein zierte das Ministerium. Greenpeace-Kletterinnen haben ihn aus Protest gegen die geplante Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Militärjets angebracht. Greenpeace nimmt sich wieder des Atomwaffenthemas an. Bilder: Greenpeace / Verteidigungsministerium R. Neugebauer

Auswirkungen einer Atombombe auf	Sprengkraft Bombe	Sofortfolgen ohne Fallout-Strahlung	Sofortfolgen der Fallout-Strahlung	Spätere Krebs-erkrankunzgen	Gesamtzahl der Todesfälle
Berlin	20 Kilotonnen	26.800 Tote	120.000 Tote	50.000 Tote	196.000 Tote
Frankfurt	550 Kilotonnen	206.000 Tote	300.000 Tote	165.000 Tote	661.00 Tote
Büchel	170 Kilotonnen	23.200 Tote	107.000 Tote	80.000 Tote	210.00 Tote

Bereits im Juni hat Greenpeace eine repräsentative Umfrage veröffentlicht (wir berichteten im FreiRaum 2/2020) nach der 78% der Menschen in Deutschland nicht wollen, dass Deutschland atomwaffenfähige Kampfjets kauft.

Atomwaffenpolitik gefährdet Menschen in Deutschland

„Ministerin Kramp-Karrenbauer macht Deutschland durch ihre Atomwaffenpolitik zum potenziellen Angreifer und zur möglichen Zielscheibe eines Atomangriffs", sagt Christoph von Lieven, Greenpeace-Sprecher für atomare Abrüstung.
Die tatsächlichen Beschaffungskosten für die neuen Atomjets hat die Bundesregierung bisher nicht öffentlich gemacht. In Zusammenarbeit mit Greenpeace haben Friedensforscher Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit (BITS) und Oberstleutnant a. D. Ulrich Scholz nun die möglichen Beschaffungskosten der Tornado-Nachfolger aufgeschlüsselt.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat im April 2020 die Beschaffung initiiert von
- 30 Jagdbombern des Typs F/A-18F Super Hornet und
- 15 Kampfflugzeugen EA-18 Growler

Die gegenwärtig genutzten MRCA Tornado der Luftwaffe sollen aus Altersgründen außer Dienst gestellt werden. An diesen Flugzeugen hängt die aktive Beteiligung an der nuklearen Teilhabe. Die F-18F sollen auch diese Aufgabe übernehmen. Mit ihrem Vorpreschen will die Verteidigungsministerin (CDU) sowohl die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2021 als auch die Position der nächsten Bundesregierung bereits heute zu präjudizieren. Der Finanzminister (SPD) hat für dieses Vorhaben noch kein Geld in die mittelfristige Haushaltsplanung eingestellt. Eine längere, intensive öffentliche Debatte könnte deshalb auch mit einem *„Aus"* für den Plan neuer Trägerflugzeuge enden.

Acht Milliarden für die nukleare Teilhabe

Die Kurzstudie versucht zum einen konservativ die minimalen Kosten einer solchen Beschaffung abzuschätzen und zum anderen zu identifizieren, welche Risiken die Kosten weiter in die Höhe treiben könnten. Zu Vergleichszwecken wurde auf eine fast abgeschlossene ähnliche Beschaffung durch Australien zurückgegriffen. Unter Berücksichtigung einer moderaten Preisfortschreibung (2-3 Prozent jährlich) würden mindestens Kosten zwischen 7,67 Milliarden und 8,77 Milliarden Euro anfallen. *„Mitten in einer Wirtschafts- und Klimakrise so viel Geld für Rüstung auszugeben, ist gesellschaftlich nicht zu vermitteln"*, so Lieven. *„Atomwaffen schaffen keine zukunftsfähigen Arbeitsplätze, und sie helfen auch nicht gegen die Folgen der Erderhitzung. Die Bundesregierung sollte ihr Budget in friedenssichernde Maßnahmen und den Schutz der Gesundheit investieren."*

Auswirkungen einer Atombombe auf Deutschland

Rund 20 US-amerikanische Atombomben lagern derzeit in Deutschland. Deutschland könnte so Ausgangspunkt und Zielpunkt eines Atomkrieges werden. Die Atomexpertin und Physikerin Oda Becker analysiert im Auftrag von Greenpeace erstmals, welche Auswirkungen eine Atombombenexplosion auf Deutschlands politisches Zentrum Berlin, auf das Finanzzentrum Frankfurt und auf den Fliegerhorst Büchel hätte. Für Büchel nahm die Forscherin eine Sprengkraft in gleicher Größe wie die der dort gelagerten Bomben an.

Pressehütte

»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen Versöhnung (www.versoehnungsbund.de) und Spinnrad (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e. V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6AXXX
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!

Die Friedenscamper sollen sich einen neuen Platz suchen, weiter weg vom Haupttor. Artenschutz als Begründung.
Fotos: Pressehütte (links) Marion Küpker (rechts)

→ Fortsetzung von Seite 1
Die Baugenehmigung konnte gerichtlich nach Abzug der Atomraketen erstritten werden.

Heute in Büchel: Mit Bienen gegen das Friedenscamp

Auf beiden Wiesen die wir bisher für das Friedenscamp nutzten, wurden durch den Bürgermeister von Alflen Blühstreifen installiert und die Wiese eingezäunt. Wegen Corona war der juristische Streit hierzu in diesem Jahr nicht nötig. Außerdem wurde dort ein Parkverbot eingerichtet. Die eingesäten Blütensamen wurden nicht gewässert und gepflegt, das bestärkt den Eindruck, dass es nicht um den Artenschutz geht, nicht darum Raum für Wildbienen zu schaffen, sondern um Aktionsbeschränkungen für die Friedensbewegung.

Beseitigungsanordnung gegen politischen Protest

Die Friedenswiese soll ein permanentes Mahnmal gegen die in Büchel gelagerten Atomwaffen sein, auch wenn keine Aktionen sind. Diesen Stachel will die Kreisverwaltung Cochem mit einer Verfügung beseitigen. Sie sandte diesem dem Grundstücksbesitzer zu. Unter Bezug auf die Beschränkung von Werbung in Außenbereichen, wurde das Entfernen der dort aufgehängten Plakate angeordnet. Jetzt läuft es möglicherweise auf eine Klage vor dem Verwaltungsgericht hinaus.

Mit Verfügungen gegen Versammlungsplätze

Neben dem Fliegerhorst hat ein Veranstaltungstechniker sein Lager und er wohnt dort seit Jahrzehnten, bisher in Pacht. Er hat für uns schon Bühnen aufgebaut, Strom zur Verfügung gestellt und Platz für Kundgebungen überlassen. Er will seine Nutzung auf Dauer sichern.

Dies würde uns die Nutzung der zum Haupttor nahen Flächen erhalten. Eine Industriegesellschaft besaß ein Vorkaufrecht. Sie weigert sich es aus dem Grundbuch zu tilgen. Dadurch wird der Kauf hinausgezögert und behindert, für den wir schon Spenden gesammelt haben. Der Bundeswehr ist dieses Gelände zu nahe. Sie hat daher ihren Sicherheitsbereich vor etwa drei Jahren ausgeweitet. Damit versuchte sie in diesem Juli auch zu verhindern, dass bei den Aktionstagen der IPPNW ein Veranstaltungszelt und eine Toilette aufgestellt wurden. Hier hat die Bundeswehr, aber bereits einen Dämpfer durch das Verwaltungsgericht Koblenz erhalten. Versammlungszelt und Toilette durften aufgestellt werden.

Mit Beweglichkeit und Beharrlichkeit weiter aktiv bleiben

Wir dürfen die Einschränkungen nicht einfach hinnehmen. Es ist wichtig für die Versammlungsfreiheit einzutreten. Dabei darf aber das Ziel nicht aus den Augen verloren werden: eine friedlichere atomwaffenfreie Welt. Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel und das weltweite Atomwaffenverbot müssen der Mittelpunkt unserer Aktivitäten bleiben. Davon dürfen wir uns nicht von den Verboten und Verordnungen ablenken lassen. Die Beharrlichkeit und Offenheit für den Dialog hat in Mutlangen und im Ostalbkreis – allerdings erst nach Abzug der Perhing II-Atomraketen - dazu geführt, dass wir für unser Engagement für eine atomwaffenfreie Welt heute die Unterstützung der Gemeinde Mutlangen, anderer Gemeinden und des Landkreises gewonnen haben. Als Mitglieder von Mayors for Peace, durch Verabschiedung des ICAN-Appells treten wir heute gemeinsam für das Verbot der Atomwaffen ein.

Wolfgang Schlupp-Hauck

2017: Schwester Ardeth übergibt in Büchel den Text des Atomwaffenverbotsvertrags (Foto: GAAA)

Wir trauern um Schwester Ardeth Platte

Ardeth, Dominikaner-Schwester des Grand-Rapids-Orden in Michigan, verstarb am 30. September 2020 im Alter von 84 Jahren im Catholic Workers Haus in Washington DC.

Gemeinsam kam sie mit Schwester Carol Gilbert im Jahr 2017 zu unseren Protesten nach Büchel. Ardeth widmete ihr Leben dem gewaltfreien Kampf für die Abschaffung von Atomwaffen gewidmet, saß dafür 8 1/2 Jahre im Gefängnis und bewirkte die Schließung zweier Militärbasen in den USA. Sie war Lehrerin, Schulleiterin, gewählte Stadträtin, stellvertretene Bürgermeisterin der Stadt Saginaw in Michigan, sowie Koordinatorin und Organisatorin der Advocacy for Justice (Anwaltschaft für Gerechtigkeit). In Büchel überreichte Ardeth im Juli 2017 dem Kommandeur Gregor Schlemmer des Luftwaffengeschwaders 33 den frisch beschlossenen UN-Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen aus der Strassenblockade heraus.

In den letzten 26 Jahren nahmen beide Nonnen an vielen gewaltfreien Aktionen teil: am Pentagon, am Weißen Haus, an den ausländischen Botschaften, am Sitz der Vereinten Nationen und an vielen Orten, an denen US-Atomwaffen stationiert sind. Die beiden haben vier Pflugschar-Aktionen (symbolische Abrüstungsaktionen nach Micha 4 Vers 3) durchgeführt und erhielten hierfür gemeinsam den Internationalen Friedens- und Gerechtigkeitspreis (International Peace and Justice Award).

Sie wird uns fehlen und trotzdem immer mit uns sein! **Marion Küpker**

Über 50 ehemalige NATO-Außenminister*innen fordern Kehrtwende zum Verbot von Atomwaffen

56 ehemalige Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister*innen aus 20 NATO-Staaten sowie aus Japan und Südkorea fordern eine Kehrtwende in der Atomwaffenpolitik ihrer Länder. Insbesondere rufen sie dazu auf, dem 2017 in den Vereinten Nationen ausgehandelten Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen beizutreten.

Zu den den Unterzeichner*innen gehören mit Javier Solana und Willy Claes gleich zwei ehemalige NATO-Generalsekretäre. Aus Deutschland haben sich der frühere Verteidigungsminister Rudolf Scharping und der ehemalige Außenminister Joschka Fischer dem Brief angeschlossen.

Bisher haben unsere Länder entschieden, sich nicht der globalen Mehrheit anzuschließen, die den Vertrag unterstützt. Aber unsere Entscheidungsträger sollten ihre Positionen überdenken. Wir können es uns nicht leisten, angesichts dieser existenziellen Bedrohung für die Menschheit zu zögern. Wir müssen Mut zeigen - und uns dem Vertrag anschließen.

Der Verbotsvertrag ist eine wichtige Stärkung des vor einem halben Jahrhundert angenommenen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), der die Verbreitung von Atomwaffen zwar bemerkenswert erfolgreich eindämmt, jedoch kein universelles Tabu gegen den Besitz von Atomwaffen etabliert hat.

Der 2017 verabschiedete Verbotsvertrag kann dazu beitragen, Jahrzehnte der Lähmung in der Abrüstung zu beenden. Er ist ein Hoffnungsschimmer in einer dunklen Zeit.

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bildet die Grundlage für eine sicherere Welt, die frei von dieser ultimativen Bedrohung ist. Wir müssen uns dem Verbot zuwenden und daran arbeiten, andere dafür zu gewinnen. Es gibt keine Heilung für den Atomkrieg. Prävention ist unsere einzige Chance.

Dieser Brief ist eine gute Grundlage, denen entgegen zu treten, welche die Unterzeichnung des Verbotsvertrags ablehnen. Es gilt dafür zu arbeiten, dass nicht nur ehemalige Entscheidungsträger*innen, sondern die aktuellen Regierenden den Vertrag unterstützen und so den Weg zur Abschaffung der Atomwaffen ebnen. **WSH**

Atomwaffen im Visier

Von der Rohstoffjagd zum Verbotsvertrag von Atomwaffen – Auszug aus Silvia Bopps Rede zum Tag des Flüchtlings

Beim „Weg der Menschlichkeit" durch die Gmünder Innenstadt Foto: Gerold Bauer, Rems- Zeitung

Ich möchte mit Ihnen heute anlässlich des Tags des Flüchtlings sichtbar machen wie blind wir sind für die todbringenden, ausbeuterischen Dynamiken der Atomwirtschaft sind, die dazu führen, das Staaten destabilisiert werden und lokale Lebensräume für Menschen unbewohnbar werden und Menschen dazu bringen ihre Heimat zu verlassen und ein entwurzeltes Leben auf der Flucht auf sich zu nehmen.

AUSBEUTUNG: Wussten Sie, dass der Rohstoff für das Manhattan Projekt – also für die Entwicklung der Atombombe, die im zweiten Weltkrieg zum Einsatz kam aus dem damaligen Belgisch-Kongo und aus Kanada stammte? Das Erz, das in der kongolesischen Shinkolobwe-Mine abgebaut wurde, enthielt bis zu 65 % Uran, so viel wie keine andere Mine auf der Welt. Wo ist der Reichtum der Bevölkerung im Kongo bei diesem immensen Vorkommen an Bodenschätzen? Der Reichtum haftet bei den ausländischen Abbaufirmen, die die Menschen vor Ort lediglich als Arbeitskräfte für das schmutzige Geschäft mit dem Rohstoffabbau ausbeuten.

Nach der Kolonialgeschichte im Kongo 1960 gibt es interne Kämpfe über Macht- und Ressourcenfragen. Einzelne bereichern sich persönlich, ständige Kämpfe, Kindersoldaten, Vergewaltigungen und Plünderungen finden trotz bewaffneter Friedensmission der UN kein Ende. Flucht aus dem Kongo ist an der Tagesordnung.

Wenn Menschen aus dem Kongo eine Flucht aus ihrer Heimat hier nach Schwäbisch Gmünd schaffen, denken wir dann darüber nach, dass unser Atomstrom oder unsere nukleare Abschreckung mit dem Leid dieser Menschen direkt verzahnt ist? Gerechtigkeit bedeutet diese Zusammenhänge zu verstehen und entschlossen zu handeln.

ETHISCHE WERTE: 1930 wurde in der Region des Great Bear Lake in Kanada, Uran entdeckt. Bis heute hat sich kein amerikanischer Präsident für die Verwüstung und das Leid entschuldigt das durch die Atomwaffeneinsätze in Hiroshima und Nagaski verursacht wurde. Die Ureinwohner aus der Region des Great Bear Lake , die kanadischen Dene, sind selbst Opfer der Uranabbaus geworden, das in ihrem Territorium zur Entwicklung der Atomwaffe abgebaut wurde.

53 Jahre nach dem Abwurf der Bomben in Japan entschuldigten sich jedoch diese Ureinwohner weil das Uran der Bomben Fat Man und Little Boy aus ihrem Territorium stammte und sie sich für das Leid der japanischen Bevölkerung mitverantwortlich fühlten.

Wo geht das aufbereitete Uran hin?

Anfang 2019 waren in der Europäischen Union 130 Atommeiler am Netz. Der Uranverbrauch der EU liegt an der Weltspitze! Doch der Brennstoff für diese Kraftwerke, für unseren Strom kommt aus Ländern außerhalb der EU. Was bleibt aber in den Ländern, wo unser Rohstoff produziert wird übrig? Nicht nur weite Landstriche werden durch radioaktiv strahlenden Staub der Abbaugebiete belastet. Staub, den die Menschen, die dort Leben, tagtäglich einatmen.

Es bleiben auch riesige, ungesicherte, radioaktiv strahlende und schwermetallbelastete Abraumhalden und Schlammbecken zurück, um die sich die europäischen und amerikanischen Uranabbaufirmen nicht weiter kümmern, wenn sie die Abbaugebiete wieder verlassen.

Dies ist Atommüll über den wir in der westlichen Welt nicht sprechen. Oft sind diese Abraumhalden auf Gebieten der indigenen Bevölkerung. In Ländern wie Tansania, Sambia, Kongo, Korea oder Mali gibt es nicht einmal Auskünfte, ob und wieviel Abraumhalden hinterlassen werden.

Das neue Licht in der Atomwaffenfrage: Der Vertrag über das Atomwaffenverbot

Dieser Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag solche Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, diese Handlungen zu unternehmen. Weiterhin wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

Noch 5 Staaten müssen diesen neuen Vertrag ratifizieren bis er in Kraft tritt. Der Verbotsvertrag von Atomwaffen macht die humanitäre Katastrophe, die von Atomwaffen ausgeht, viel deutlicher als jeder andere Vertrag zur Atomwaffenwaffenfrage davor. **Silvia Bopp**

Seine Unterstützung wird uns fehlen

Nachruf auf Otfried Nassauer

Kurz vor dem Endlayout dieses FreiRaums erreichte uns die Nachricht: Otfried Nassauer ist gestorben. Otfried wurde nur 64 Jahre alt. Sein Tod ist ein großer Verlust für die Friedensbewegung, Medien und Politik. Otfried, der zunächst Theologie studierte und wirkte seit den 80 Jahren als Journalist, Friedensforscher und Politikratgeber. Dabei drängte er sich nie in den Vordergrund, sondern stellte anderen sein enormes Wissen zur Verfügung. Otfried gründete 1991 das private Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Er war einer der besten Kenner zu Fragen der Rüstungstechnik und Rüstungspolitik und war gut vernetzt in Ost und West. Nach dem Fall der Mauer organisierte er frühzeitig ein Treffen zwischen NVA-Offizieren der Dresdner Militärakademie und Soldaten der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Sein Motto war, dass es nicht ausreicht für den Frieden zu sein, sondern dass es wichtig ist, das Militär und seine Strategien kennen muss, um wirkungsvolle Kritik üben zu können. Er brannte für seine Forschung, sammelte Dokumente, beriet die Grünen, hielt Kontakte zu Militärs und Sicherheitspolitikern, schrieb Studien und Gutachten für Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Er war dabei immer für die Friedensbewegung da.

„Otfried Nassauer war ein wandelndes Lexikon für Militärtechnik, Streitkräfte und Rüstungsexporte."
Professor Dr. Michael Brzoska Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

„Otfried kannte jede verdammte Schraube an den Kampfdrohnen, die die Bundeswehr beschaffen wollte, an den U-Booten, die nach Israel geliefert wurden, an den Leopard-Panzern, die Saudi-Arabien von Krauss-Maffei Wegmann kaufen wollte."
Ulrike Winkelmann, Chefredakteurin der Tageszeitung (taz)

„Wenn es um eine Einschätzung ging, was beispielsweise von der neuen US-Nuklearstrategie zu halten ist, dann war man bei Otfried Nassauer an der richtigen Adresse. Er war bestens informiert und hatte die neusten Dokumente schon längst gelesen."
Andreas Flocken, verantwortlicher Redakteur der NDR-Sendereihe „Streitkräfte und Strategien"

Foto: Evangelische Akademie Bad Herrenberg

Für unsere Mutlanger Friedensarbeit war Otfried ein wichtiger und immer hilfsbereiter Experte. Seine Kontakte stellte er uns zur Verfügung, um Referenten für unsere Ost-West Arbeit zu erhalten. Wir verdanken es ihm, dass wir die Begegnung zu den Jahrestagen des INF-Vertrages durchführen konnten.

Otfried war immer für uns ansprechbar und er machte uns oft darauf aufmerksam: *„Achte mal drauf. Da solltet Ihr aktiv werden."* Zu unseren abrüstungspolitischen Frühstücken im Bundestag nahmen wir Otfried deshalb gerne als Referent mit. Mit seiner Unterstützung organsierten wir in Wien einen Workshop in der UNO zur damals drohenden Kündigung des INF-Vertrages.

Wenn wir wissen wollten, wo und wie viele Atomwaffen heute noch in Europa gelagert werden, kannte Otfried Quellen und konnte uns erklären, wie die Zahlen zustande kommen, für die es keine offizielle Bestätigung gibt.

Er schrieb eine Studie über die Modernisierung der in Büchel gelagerten Atomwaffen. Er erklärte uns warum wir dies als technische Aufrüstung kritisieren müssen. Er erklärte uns, welche Folgen dies für die Bundeswehr hat und lieferte so Argumente für die Kritik an der Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfbomber für die Bundeswehr. **In großer Dankbarkeit bleibt Otfried Nassauer in unserem Gedächtnis und unseren Herzen.** **Wolfgang Schlupp-Hauck**

Das Podium zu 30 Jahren INF-Vertrag war möglich durch Otfried Nassauer (v.l.n.r): Nikolaj Wasiljewitsch Jegorow (Russland), Nadine Reifegerst (Übersetzung), Nikolai Andrejewitsch Skiba (Belarus), Wolfgang Schlupp-Hauck (Moderation), Peter Schulz (Berlin), Raymond Haddock (USA), Harry Heintzelmann (USA), Wolfgang Sternstein (Stgt.) Foto: Heino Schütte, Rems-Zeitung

Verurteilung bestätigt

Am 8. Oktober 2020 standen Stefanie Augustin und Marion Küpker vor dem Koblenzer Landgericht. Es ging um die rechtliche Einordnung des Eindringens in den „Fliegerhorst Büchel", in einer 18-köpfigen Internationalen Gruppe im Juli 2018.

Der Prozess dauerte 3 1/2 Stunden: Im Gerichtssaal waren elf Personen ausschließlich Frauen. Gleich zu Beginn wurde der Vorwurf der Sachbeschädigung „Durchtrennen des Zaunes mit einem Bolzenschneider" fallengelassen wurde, sodass es nur noch um Hausfriedensbruch ging. In ihren Stellungnahmen erklärten die Angeklagten, warum sie in der Stationierung der Atombomben in Büchel kein „abstraktes Risiko", sondern eine „aktuelle Bedrohung" sehen und es sich „bei unsere Aktion daher um Notwehr nach §32 handelt."

Die Anklagten stellten Beweisanträge darüber ein, dass das Nuclear Posture Review 2018 des US Verteidigungsministeriums den Ersteinsatz mit Atombomben auch für Büchel erwägt und darin sogar eine Empfehlung abgibt, nach der bei einer konventionellen Auseinandersetzung mit Russland auch Atombomben mit geringer Sprengkraft zum Einsatz gebracht werden sollen. Die Beweisanträge wurden abgelehnt. Die Richterin brachte zum Ausdruck, dass die Aktionen sehr bewundernswert seien und nur zu hoffen sei, das auch hier „steter Tropfen den Stein höhlen" werde. Doch zu einem Freispruch konnte sich die Kammer des Landgerichts nicht durchringen. Im Urteil wurden die Geldstrafen von 30 auf 20 Tagessätze reduziert. Jetzt stehen Revision und danach eine Verfassungsbeschwerde an.

Marion Küpker

Pressehütte

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG
Gebühr bezahlt

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Grafikdesign
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

Informiert bleiben

Im kommenden Jahr werden Informationen aus der Pressehütte vermehrt elektronisch versandt. Deswegen wollen wir in unserer Adressdatei gerne Ihre E-Mail-Adresse aufnehmen, wenn Sie die digitalen Informationen erhalten möchten.

Schicken Sie bitte dazu eine E-Mail an:
kevserarslan@pressehuette.de

Neues aus der Mutlanger Friedensarbeit erfahren Sie...

➜ **auf den Web-Seiten:** www.pressehuette.de und https://voices-of-peace.com

➜ **auf Instagram:** https://www.instagram.com/peaceworkshop_mutlangen/

➜ **auf Facebook:** https://www.facebook.com/pressehuette.de/

Wir empfehlen auch

Für Informationen aus der Kampagne:
www.atomwaffenfrei.de

Um den Newsletter zu abonnieren, einfach eine E-Mail mit dem Betreff *„Newsletter bestellen"* an info@atomwaffenfrei.de

Aktuelles zu den Aktionen in Büchel:
www.buechel-atombombenfrei.de

Karikatur: Peter Musil